

The „Missing Link“

Marx, Karl und Friedrich Engels: Gesamtausgabe (MEGA), Werke, Artikel, Entwürfe: Ende August 1844 bis April 1846. Erste Abt., Bd. 4. Hrsgg. von der Internationalen Marx-Engels-Stiftung, Amsterdam. Bearbeitet von Regina Roth und Christine Weckwerth. Walter de Gruyter Verlag, Berlin 2022, 1640 S. [XII und 733 S. Textband, 907 S. Apparatband], Ln., 189,95 Euro

Der Band enthält die Werke, Artikel sowie Entwürfe von Karl Marx und Friedrich Engels von Ende August 1844 bis April 1846. Ausgenommen sind dabei jedoch diejenigen Texte aus diesem Zeitraum, die im Kontext mit der „Deutschen Ideologie“ stehen und bereits im Band I/5 der MEGA² veröffentlicht worden sind.

Im Zentrum dieses Bandes stehen neben mehreren kleineren Artikeln, und einigen Dokumenten zwei umfangreiche Druckschriften aus dem Jahr 1845 und ein nicht datiertes Manuskript: Die von Marx und Engels verfasste „Heilige Familie“, die „Lage der arbeitenden Klasse in England“ von Engels mit ihrer bis heute bedeutsamen Auseinandersetzung mit den wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen der Industrialisierung am Beispiel Großbritanniens sowie der nicht datierte, fragmentarische „Entwurf über Friedrich List“. Bei diesem Entwurf handelt es sich um eine Handschrift von Marx, in der er ausgehend von einer Kritik an List, ökonomische Grundbegriffe erörtert. Nach den „Pariser Manuskripten“ ist dieser in dem Band veröffentlichte Text eines der ersten Manuskripte, in denen Marx einige wichtige Grundlagen für zentrale ökonomische Konzepte wie

Tauschwert, Arbeitslohn, Grundrente oder produktive Kräfte schafft. Außerdem werden in dem Band 21 Artikel von Engels, darunter die „Elberfelder Reden“, drei Artikel sowie eine Erklärung von Marx präsentiert. Sämtliche Werke und Texte werden hierbei in diesem MEGA-Band erstmals historisch-kritisch ediert, wobei die Bezüge zu früheren und späteren Arbeiten sowie die Identifikation benutzter Quellen zwei Schwerpunkte bilden. Durch die Berücksichtigung der Bezüge zu früheren und späteren Texten wird sowohl in der allgemeinen Einführung auf S. 751-804 als auch in den speziellen Kommentierungen zu den einzelnen Texten deutlich, dass der Band das werkgeschichtlich wichtige „Missing Link“ zwischen der vorhergehenden drei und den nachfolgenden zwei Bänden der MEGA² darstellt. Denn in diesen Kommentierungen wird sehr detailliert analysiert und nachvollzogen, wann und inwieweit Marx und Engels in dem genannten Zeitraum besonders durch Kritik an den Protagonisten von Theorien, deren Repräsentanten sie selbst während längerer Zeit gewesen sind, weitere Grundlagen für den Historischen Materialismus und im Zusammenhang damit auch für den Wissenschaftlichen Kommunismus gearbeitet haben (Vgl. MEGA I/IV, S. 761). Um den ganzen enorm großen Fundus dieser Kommentierungen, die fundierten und wissenschaftlich hochwertigen Kurzbiographien gleichen, wirklich nutzen und wertschätzen zu können, sollten sie von jedem nicht ausgewiesenen Kenner des Lebens und Werks vom Marx/Engels vor dem Studium der eigentlichen Texte intensiv gelesen werden (Ergänzend dazu siehe das nach wie vor sehr lesenswer-

te Werk von Auguste Cornu über Leben und Werk von Marx/Engels: Auguste Cornu: Karl Marx und Friedrich Engels. Leben und Werk. Zweiter Band. 1844-1845, Berlin 1962; Auguste Cornu: Karl Marx und Friedrich Engels. Leben und Werk. Dritter Band. 1845-1846; Berlin und Weimar 1968, S. 5-148). In diesem Zusammenhang muss auf ein kleines Manko des Bandes hingewiesen werden. Und zwar wäre es nach Meinung des Rezensenten nicht nur hinsichtlich der Leserfreundlichkeit, sondern nicht zuletzt auch angesichts der Bedeutung der allgemeinen Einführung sinnvoll gewesen, diese gleich zu Beginn des Textbandes und nicht erst zu Beginn des Apparatbandes zu präsentieren.

Der Hinweis auf die Bedeutung der historisch-kritischen Kommentierung in diesem MEGA-Band bezieht sich dabei nicht nur auf die größeren und bekannteren Werke, zu denen es auch an anderer Stelle oftmals schon gute Kommentierungen gibt. Die Bedeutung bezieht sich vielmehr und ganz besonders auch auf die oben erwähnten kleineren, weniger umfangreichen Schriften – die Artikel von Marx und Engels (siehe dazu 786-803).

In ihrer Kommentierung weisen die Autorinnen darauf hin, dass im Zeitraum des Bandes eine nicht abstrakt theoretische, sondern durch konkrete gesellschaftliche Entwicklungen bedingte wesentliche Veränderung des Demokratieverständnisses von Engels festzustellen ist (801 f.). Während er im Herbst 1843 den demokratischen Staat noch als einen Widerspruch in sich auffasst und im Zusammenhang damit die politische Freiheit als eine nur scheinbare Freiheit, die in Wirklichkeit eine Knechtschaft ist, charak-

terisiert, wird der Begriff der Demokratie später sehr viel positiver dargestellt. Nachdem sich der Chartismus von der kleinen Bourgeoisie getrennt hatte, bezeichnete ihn Engels als eine demokratische Bewegung mit einer wesentlich sozialen Ausrichtung, In dieser sozialen Ausrichtung hat nach Ansicht von Engels der Unterschied zur nur bürgerlichen Demokratie gelegen und er fordert zugleich eine weitere Annäherung der chartistischen an die sozialistische Bewegung. Spätestens ab September 1845 setzt Engels dann Demokratie und Kommunismus gleich (802 f.). Diese Auffassung wiederholt Engels anschließend in mehreren Artikeln. Sie kommt schließlich auch in dem 1848 veröffentlichten „Manifest der Kommunistischen Partei“ zum Ausdruck, in dem Marx und Engels formulieren, „[...] daß der erste Schritt in der Arbeiterrevolution die Erhebung des Proletariats zur herrschenden Klasse, die Erkämpfung der Demokratie“ ist (Marx/Engels: Manifest der Kommunistischen Partei; MEGA² I/6, S. 545).

Es sei dem Rezensenten zum Schluss dieser Rezension noch der Hinweis darauf erlaubt, dass eine sehr ähnliche Denkweise und Konzeption wie bei Karl Marx und besonders bei Friedrich Engels sowohl bei Max Alder in seinem Werk: Politische oder soziale Demokratie (Berlin 1926) und vor allem auch in den nach 1945 verfassten Werken von Wolfgang Abendroth im eigentlichen Kernbereich seines wissenschaftlichen Denkens und Arbeitens, dem Bereich „ArbeiterInnenbewegung – Demokratie – Staat“ zu finden ist. In seinen Werken vertritt Abendroth, ganz knapp zusammengefasst, hierbei die Konzeption einer tat-

sächlichen, realen und allumfassenden Demokratisierung aller Bereiche der Gesellschaft. Unter dem Begriff der Demokratie wird auch von ihm nicht nur die traditionelle liberale repräsentative bürgerliche Demokratie mit einem Parlamentarismus und mit einem allgemeinen und gleichen Wahlrecht verstanden. Insofern sind auch die in diesem Band der MEGA präsentierten kürzeren Schriften von Marx und Engels aus der Mitte des 19. Jahrhunderts alles andere als nur von philologischem oder historischem Interesse – es gibt vielmehr durchaus unmittelbare Bezüge zu aktuellen politischen und juristischen kommunistischen, bzw. linkssozialistischen Konzeptionen.

Andreas Diers

Theoriearbeit und Praxis verbinden

Richard Sorg: Begreifen, um zu verändern. Zu Philosophie, Sozialwissenschaften, Sozialer Arbeit und Musik. Köln, PapyRossa 2021, 486 S., 30,00 Euro

Unter den Titel „Begreifen, um zu verändern“ hat Richard Sorg Texte zusammengefasst, die zwischen 1979 und 1990 sowie zwischen 2001 und 2020 entstanden. Die Sammlung ist in vier große Abschnitte gegliedert, deren Titel die thematische Spannweite des Bandes vermitteln: „Philosophie, Marxismus, Dialektik“, „Soziologie und Politik“, „Soziale Arbeit“, „Musik“.

Der erste Abschnitt setzt programmatisch ein mit einem Beitrag, der 1988 als Antwort auf eine Rundfrage des BdWi „Warum ist so eine/r eigentlich MarxistIn geblieben?“ entstand. Sorg plaudert hier nichts Biographisches

aus, sondern entwirft ein Arbeitsprogramm, für dessen Bewältigung ihm der Marxismus geeignet erscheint. Mögen manche Formulierungen auch zeitbedingt sein (Gorbatschows „globale Probleme“) – es spricht für Sorg und gegen seine Epoche, dass die meisten Punkte auch heute noch wichtig sind.

Ein Schwerpunkt des ersten Abschnitts sind Ideologietheorien, zu denen Sorg bereits 1976 ein Buch veröffentlicht hat; Thema ist die Verwendung des Ideologiebegriffs bei Marx, Engels und Lenin und damit die für die Praxis wichtige Frage, inwieweit Ideologie einfach nur falsches Bewusstsein oder vielmehr eine Weise der Erfassung von Wirklichkeit ist. Damit verbunden ist auch das Verhältnis von Ideologie und Praxis zu Wissenschaft. Ein weiterer Schwerpunkt ist die Dialektik. Sorg rückt überzeugend Hegels Denken in die Nähe der Dialektik bei Marx und Engels, indem er Materialistisches auch bei Hegel aufzeigt. Er stellt außerdem dar, wie Hans Heinz Holz und Domenico Losurdo Dialektik untersuchten. Ein umfangreicher Aufsatz ist der materialistischen Philosophie Mario Bunes gewidmet, insbesondere dessen Ansatz, vom Stand der aktuellen Hirnforschung aus den Dualismus von Geist und Materie aufzulösen. Bewusstsein ist nach Bunge (und Sorg) das, was sich materiell im Hirn vollzieht – doch nicht statisch, sondern im Austausch mit der Umwelt.

Der zweite Abschnitt setzt mit einem Plädoyer für eine „arbeiterorientierte Wissenschaft“ (1979) ein. Sorg setzte sich in den 1980er Jahren kritisch mit der von CDU und Alternativen erhobenen Forderung auseinander, Sozialbürokratie durch Modelle

von Selbsthilfe zu ersetzen. Hier zeigt Sorg, wie seine theoretischen Überlegungen zu Ideologie und zur Dialektik praktisch nutzbar sind. Er arbeitet heraus, wie ein emanzipatorischer Gedanke, nämlich die Wendung gegen Fremdbestimmung, zugleich für den Sozialabbau eingesetzt wird, ohne dass er seine Teilwahrheit verlöre. Weitere Artikel in diesem Block sind, neben Rezensionen, aktuelle Stellungnahmen nach den Anschlägen vom 11. September 2001 und 2015 zu den Widersprüchen der von westlicher Politik ausgelösten „Flüchtlingskrise“. Der Abschnitt zur sozialen Arbeit ist am ehesten an der Praxis orientiert. Hier findet sich unter dem Titel „Jung und arm in einer reichen Stadt“ das Resultat eines Forschungsprojekts zu in die Armut abgedrängten Jugendlichen in Hamburg, der Stadt, wo Sorg bis 2005 Allgemeine Soziologie lehrte. Doch griffe Sozialarbeit als Angebot an Klienten, sich ins Bestehende einzugliedern, zu kurz. Dies hieße, die Schuld für Missstände den Individuen zuzuweisen und gesellschaftliche Ursachen auszuklammern. Weder darf Soziale Arbeit in die neoliberale Falle des Forderns statt Förderns tappen, noch darf sie die Menschen, mit denen sie arbeitet, auf den Tag der Revolution verströten. Vielmehr geht es darum, Handlungsfähigkeit bereits in der Gegenwart herzustellen.

Der vierte Abschnitt, der zur Musik, besteht aus nur vier Texten: zu Hegels Musikphilosophie und ihrer Kritik durch Eduard Krüger, zum Themenfeld Musik und Gesellschaft (mit einem Schwerpunkt auf Adornos Musiksoziologie), zu Susanne Binas-Preisendörfers Analyse von populärer Musik in globalen Kontexten sowie

zur Frage, wie Linke mit dem Werk Richard Wagners umgehen können.

Vielfältig wie die Themen sind auch die Textsorten des Bandes. Hier findet sich die Ergebnispräsentation eines sozialwissenschaftlichen Forschungsprojekts neben zahlreichen Rezensionen. Sorg hat Auseinandersetzungen mit philosophischen Grundfragen ebenso in seine Auswahl aufgenommen wie tagespolitische Interventionen und eine komprimierte, wiewohl allgemeinverständliche Skizze „zum Theorienansatz und zur Methode von Marx“, die er 2018 auf Einladung von Studierenden an der Universität Lüneburg vortrug. Ergibt sich dennoch ein Ganzes?

Auf dieses verweist der Titel des Buchs. „Begreifen, um zu verändern“ heißt, Theoriearbeit mit Praxis zu verbinden. Mit diesem Anspruch ist es konsequent, Forschungen zur Verbindung von Geist und Materie oder zur Frage, ob Hegel wirklich nur Idealist war, mit der Lage marginalisierter Jugendlicher in Hamburg zusammenzubringen. Nur muss eben eine Verknüpfung geleistet werden.

Zentral ist dafür die Dialektik als Methode von Welterkenntnis und Praxis (wobei beides zusammenhängt, jedoch nicht ineinander aufgeht). Dialektik erscheint bei Sorg, hier wie sonst, als Entwicklungsform. Sie erfasst damit nicht nur das Bestehende, sondern schließt das Mögliche ein. Und in welchem Bereich könnten dialektische Widersprüche deutlicher werden als in dem einer Sozialen Arbeit mit marxistischem Anspruch, die staatlich alimentiert das Bestehende reparieren soll und doch darüber hinausweisen will; die sich nicht damit begnügen kann, die Personen, mit de-

nen sie arbeitet, lediglich in einen vorgegebenen Rahmen von Normensprechung einzupassen und die doch Möglichkeiten der Lebensbewältigung noch vor einer grundsätzlichen politischen Veränderung eröffnen muss.

Im marxistischen Kartenspiel ist Dialektik der Trumpf. Stets lockt die Chance, mit dem Wort auch nicht bewältigte Gegensätze als erfasst auszugeben. So stellt sich etwa die Frage, wo in Wagners „Ring des Nibelungen“ dialektische Konflikte ausgetragen werden und wo die ersten Skizzen Wagners im Umfeld der Revolution von 1848 nicht zur Vollendung des Werks nach der Reichseinigung ein Vierteljahrhundert später passen. Sorg gibt dem Künstler viel vor, vielleicht zu viel. Aber das ist eine Mäkelei am Detail angesichts einer großen theoretischen Leistung.

Eine offene Frage bleibt. Als guter Hegelianer fordert Sorg in dem für diese Frage zentralen Beitrag „Dialektisch denken – auch in der Sozialen Arbeit“ von 2009, sich in Konflikten des „relativen ‚Rechts‘ beider Seiten oder Zustände zu vergewissern“ (403). Dies ist in der Tat die notwendige Konsequenz aus dem richtigen, anti-postmodernen Ansatz, stets das Ganze zu denken. Auch betont Sorg im selben Text, dass dialektisches Denken uns nicht davon entbindet, „dass wir *handeln* müssen, und das heißt auch, Entscheidungen zu treffen, die notwendiger Weise immer auch Einseitigkeiten darstellen“ (406). Jede dieser Aussagen stimmt – aber wie man sie in der Praxis zusammenbringt, ohne nur pragmatische Durchwurstelei, das bleibt eine theoretische Aufgabe.

Kai Köhler

Geschichte und Gegenwart der klassischen Musik marxistisch erzählt

Kai Köhler: Klassik in den Kämpfen ihrer Zeit. Personen, Werke, Zusammenhänge, Gebrauchsweisen in der Musik, Kassel 2022, Mangroven Verlag, 321 S., 25 Euro

Musik und Politik sind auf vielfältige Weise überschneidende Sphären. Das betrifft die Gesamtgesellschaft ebenso wie die Geschichte und Gegenwart der Arbeiterbewegung, in der Musik u.a. kämpferische und solidarisierende Stoßrichtungen in Form von Arbeiter- und Protestliedern aufzeigt. Nicht von ungefähr gehören kulturelle Dimensionen der Klassengesellschaft (inzwischen) zum gängigen Repertoire der Analyse von Klassenverhältnissen. Klassik gilt „vielen Hörern und auch Nichthörern als Ausweis eines kultivierten Lebensstils.“ (9) Zum guten Ton von politischen und ökonomischen Machtträger*innen gehört es also, regelmäßig klassische Musik zu konsumieren. Dementsprechend ist bereits die Rezeption von Musik politisch oder sie kann zumindest als solche funktional sein. Aber das Buch „Klassik in den Kämpfen ihrer Zeit“ belegt, dass zahlreiche klassische Werke Außermusikalisches, Politisches auch zum Gegenstand haben – die Musik selbst also explizit politisch ist. Daher sei die „Neutralisierung jeden Inhalts [...] so konservativ wie die gesellschaftliche Zuordnung klassischer Musik überhaupt“ (ebd.), wie Kai Köhler einleitend feststellt.

Betrachtet man bspw. die Rezeptionsgeschichte der 9. Sinfonie von Ludwig van Beethoven, lässt sich konstatieren, dass das Werk auf unterschied-

liche Weisen politisch verwertet wurde. So galt dieses während des Faschismus als „repräsentatives Vorzeigewerk“ (10). Inzwischen ist die im vierten Satz auskomponierte „Ode an die Freude“ zur EU-Hymne aufgestiegen. Als Symbol der „Wiedervereinigung“ erklang die Sinfonie im Jahr 1989 in Berlin als „Ode an die Freiheit“ unter der prominenten Leitung von Leonard Bernstein, der kommentiert haben soll: „Beethoven würde uns zustimmen“. Im Rahmenprogramm des G20-Gipfels 2017 in Hamburg wurde die Sinfonie wiederum ebenso aufgeführt – auf ausdrücklichen Wunsch der damaligen Bundeskanzlerin Merkel. Aber welchen politischen Adaptionen würde Beethoven tatsächlich „zustimmen“? Beethovens Werk ist durch unterschiedliche politische Motivationen geprägt. Mit „Für und gegen Napoleon“ (18) übertitelt Köhler z.B. Beethovens Biographie und Teile seines musikalischen Gesamtwerkes.

Folgerichtig formuliert er für das Vorhaben, das Politische in klassischer Musik zu beurteilen: „Der Verwendungszweck der Musik ist [...] ebenso wenig ein ausreichendes Kriterium wie die musikalische Haltung. Abstrakter gefasst: Der soziologische Zugriff führt allein zu keiner Antwort, der rein musikalische auch nicht. Vielmehr gilt es, beide Ansätze zusammenzuführen.“ (86) Unter dem Strich löst der Autor dies in seinem Buch größtenteils ein. Biographische Analysen werden immer wieder mit Werkinterpretation und Rezeptionsfragen verknüpft. Was dem Autor besonders gelingt, ist einerseits musikalisch-theoretische und musikwissenschaftliche Ebenen zu berücksichtigen

und andererseits für Nicht-Musik*innen weitgehend verständlich zu bleiben. Eine umfassende musikalische Ausbildung ist für die Lektüre also nicht notwendig. Das liegt wohl auch daran, dass die im Buch zusammengestellten Texte allesamt bereits in Zeitschriften und Zeitungen – u.a. der „jungen Welt“ und „Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung“ – erschienen sind. Für die Publikation überarbeitete, aktualisierte, ergänzte oder kürzte Kai Köhler lediglich die Texte.

Der Sammelband widmet sich in sechs Kapiteln unterschiedlichen Komponisten, Rezeptionskontexten und Aufführungspraktiken. Der Band beginnt mit dem Kapitel „Aufstieg, Niedergang und Perspektiven bürgerlicher Musik“, in dem die Komponisten Beethoven, Wagner, Tschaikowsky, Sibelius und Strauss behandelt werden. Das Kapitel „Musik im Weltbürgerkrieg“ (1914–1945) enthält einen Beitrag, der sich der Frage widmet, inwieweit Musik als faschistisch charakterisiert werden kann. Darin kommt Köhler zu dem Ergebnis, dass Carl Orff, Komponist der allseits bekannten „Carmina Burana“, faschistische Musik komponiert habe. Wie im Buch mehrfach angemahnt, könne dies nicht ausschließlich durch biographische Aspekte beurteilt werden, auch wenn Orffs Nähe zum NS-Regime nicht zu übersehen gewesen sei. In musikalischer Hinsicht passe die „Carmina Burana“ „in jede imperialistische Formation“ (104). Allerdings vermittele Orff „textlich wie musikalisch [...] das totale Einverständnis und damit die völlige Unterwerfung.“ (105) Es handele sich klar um „faschistische Musik“ (ebd). Nicht ganz klar erscheint, warum eine Musik nun zwar „in jede imperialistische Formation“

passen, doch gleichzeitig faschistisch sein kann. Dafür wäre wohl eine umfassendere Beschäftigung mit Ästhetik und Faschismus notwendig.

Der Band enthält auch immer wieder Exkurse, die zwar von der eigentlichen Thematik, dem Politischen der klassischen Musik, abweichen, aber den Leser*innen immer wieder interessante Aspekte über den engeren Gegenstand, das Politische der klassischen Musik, hinaus vermitteln. So kommentiert Köhler bspw. die durch den bereits erwähnten Carl Orff entwickelten Orff-Instrumenten und seine damit verbundenen Konzepte für schulischen Musikunterricht dahingehend, dass durch eine musikpädagogische Orientierung an „Praxis und sinnliche[m] Erleben“ (97) viel Unterrichtszeit verschwendet werde und gleichzeitig „weder eine sinnlich vermittelte Musikalität noch geschichtliche Kenntnisse“ (ebd.) resultieren würden. Bis heute sind die Orff-Instrumente gängiges Equipment an Schulen. Ob damit guter Musikunterricht erteilt wird, hängt jedoch wohl eher damit zusammen, wie diese eingesetzt werden. Ästhetische Erfahrungen und eine demokratisierende Musikpraxis sind damit ebenso möglich wie das von Köhler befürchtete Resultat.

Neben bürgerlicher und „faschistischer“¹ Musik widmet sich der Autor auch sozialistischen Komponisten und deren Musik. Insbesondere Dmitri Schostakowitsch spielt dabei eine große Rolle. Sein Verhältnis zur Sowjetunion und dem Stalinismus beschäftigen Musikwissenschaftler*innen seit

vielen Jahren. Überzeugend legt Köhler dar, dass eine antitotalitäre Lesart von Schostakowitschs Biographie und Fehlinterpretationen seiner Werke ein verzerrtes Bild des russischen Ausnahmekomponisten zeichnen. So orientiere sich Schostakowitsch bspw. in seiner siebten Sinfonie „An die Stadt Leningrad“ eben nicht an Narrativen, die den Faschismus verharmlosen und den Realsozialismus in falscher Weise denunzieren, etwa: „Stalin habe Leningrad bereits vor dem Krieg vernichtet und Hitler nur den Schlusspunkt gesetzt.“ (208) Stattdessen seien in seinen Werken klar sozialistische Motive erkennbar – inklusive seines Spätwerkes, das ebenso „privat[e]“ (246) Elemente enthalte.

Das Buch schließt mit Beiträgen zur Musik nach 1989, Musiktheater und neueren, medialen Verarbeitungen von klassischer Musik. Auch greift der Autor aktuelle kulturpolitische Auseinandersetzungen auf, so z.B. die Kündigung Valery Gergievs, ehemaliger Chefdirigent der Münchener Philharmoniker, da sich dieser nach Beginn des Ukraine-Krieges nicht öffentlich von Putin distanzierte. Kulturelle Verständigung sieht anders aus. Dieser Vorgang zeigt jedoch erneut: Klassische Musik ist politisch.

Dominik Feldmann

Multipolare Weltordnung?

Radhika Desai: Geopolitische Ökonomie. Die Nachfolgerin von US-amerikanischer Hegemonie, Globalisierung und Imperialismus, Kassel 2020, Mangroven Verlag, 405 S., 27,00 Euro

Das Buch der indischen Politikwissenschaftlerin, Professorin an der ka-

¹ Inwieweit dieser Ausdruck angemessen ist, müsste, wie oben bereits angerissen, umfassender erläutert werden.

nadischen Universität von Manitoba und Autorin von „Z“ ist mit seinem kritischen Blick auf verbreitete ‚welt-systemische‘ Analysen anregend und theoretisch innovativ. Obwohl schon 2013 im englischen Original erschienen und noch zukunftsoptimistisch gestimmt, hilft es beim Verständnis der aktuellen Entwicklungen.

Der Begriff der „geopolitischen Ökonomie“ versteht sich als Abgrenzung zum Verständnis der Globalisierung als einer „allein durch Märkte einheitlich gemachten (Welt)“ (7). Für die Autorin steht die ökonomische Rolle der Nationalstaaten im Zentrum, deren Grundlage „Volkswirtschaften als historisch voneinander getrennte Konfigurationen von Kapital, Arbeit und vorkapitalistischen Klassen“ seien (13). Nach der Einleitung, in der die zentralen Elemente der geopolitischen Ökonomie dargestellt werden, widmet sich das zweite Kapitel daher der „grundlegenden Bedeutung von Nationalstaaten“ (41). Diese bilden den Rahmen für die Entwicklung des Kapitalismus, dessen globale Dynamik von „der ungleichmäßigen und kombinierten Entwicklung“ nationalstaatlich verfasster Volkswirtschaften bestimmt wird (73).

Die Kapitel drei bis acht behandeln die Entwicklung der USA, wobei die Autorin sich streckenweise auf die Arbeiten von Robert Brenner stützt. Die Fixierung auf die Entwicklung der USA erstaunt selbst die Autorin, die in der Einleitung selbstkritisch konstatiert: „Dieses Buch ist nur ein Anfang und es hat Fehler, die ich mir bereits jetzt eingestehe. Der auffälligste ist, dass es ironischerweise für ein Buch, das die Behauptung einer US-Hegemonie infrage stellt, peinlich US-fokussiert ist.“ (25) Tatsächlich

behauptet sie, entgegen der Formulierung im Titel des Buches: „Daher ist die weit verbreitete Vorstellung, dass die USA hegemonial waren (oder sind), einfach falsch.“ Der Widerspruch ist schnell aufgelöst: Desai geht davon aus, dass die Weltdominanz des britischen Imperiums „unvermeidlich sowie unwiederholbar war“ (10) und misst die Rolle der USA an der des britischen Weltreichs – ein für eine Inderin nachvollziehbares Vorgehen. Sie wendet sich damit explizit gegen die „sehr gelehrte und bekennend marxistische ‚world systems ... Variante‘ der Theorie hegemonialer Stabilität, die „die Abfolge der ‚Hegemonien‘ bis in die Niederlande des 17. Jahrhunderts und in die italienischen Stadtstaaten des 16. Jahrhunderts aus(dehnt).“ (18) So ist das Buch auch ein Plädoyer dafür, die Kräfteverhältnisse in der Weltwirtschaft jeweils historisch-konkret zu untersuchen, statt die Spezifität der historischen Machkonstellationen und ihrer jeweils einmaligen Grundlagen unter verallgemeinernden Begriffen wie ‚Hegemoniezyklen‘ u. ä. zu begraben.

Die im Mittelpunkt des Buches stehende Analyse der für die kapitalistische Weltwirtschaft des 20. und beginnenden 21. Jahrhunderts zentralen Rolle der USA geht davon aus, dass die USA, obwohl von Anfang an expansionistisch, nicht die Kontrolle eines Imperiums, sondern die Kontrolle des Weltmarktes anstrebte (121). Dabei sah und sieht sich die US-Ökonomie einem grundlegenden Widerspruch gegenüber, der wahrscheinlich auch die Grundlage des die US-Innenpolitik prägenden Konflikts zwischen ‚Isolationismus‘ und ‚Globalismus‘ (Trump vs. Biden) ist: Die

Bedingungen einer ausgeglichenen inneren Entwicklung der US-Ökonomie geraten immer wieder in Widerspruch zur beanspruchten Weltmarktrolle. Die „Vereinigten Staaten (waren) eine nationale und keine imperiale Wirtschaft.“ (33) Auf dem Gebiet der Geld- und Währungspolitik wird dieser Widerspruch als „Triffin-Dilemma“ bezeichnet: Der US-Dollar als globale Leitwährung ist zwar für die USA mit mancherlei Vorteilen verbunden, zwingt die US-Geldpolitik aber dazu, große und wachsende Zahlungsbilanzdefizite in Kauf zu nehmen, um den Liquiditätsbedarf der Welt zu befriedigen. Zahlungsbilanzdefizite aber untergraben tendenziell das Vertrauen in den Dollar (130). Unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg sahen sich die USA zudem durch die Systemkonkurrenz gezwungen, den Aufstieg der Konkurrenten Japan und Westeuropa zu fördern. In der Folge wurde diesen z. B. von der Nixon-Administration vorgeworfen, die „Vereinigten Staaten aus(zu)beuten“ (210).

Diskussionswürdig erscheint das als Fazit formulierte neunte Kapitel „Der multipolare Moment“, der nach Ansicht der Autorin 2008 begann. Angesichts des Aufstiegs neuer Nationalstaaten würde die „Dominanz einer Nation unmöglich.“ Mächtige Staaten, „die Pole der multipolaren kapitalistischen Welt“, versuchten zwar, den Abbau weltweiter Ungleichheiten zu verhindern. „Die Vielfalt ihrer Konkurrenten wirkte ihnen jedoch entgegen und beschleunigte stattdessen die Entwicklung hin zu immer zahlreicheren und mächtigeren Polen und einer Weltordnung, in der Ungleichmäßigkeiten zunehmend weniger wichtig

waren.“ (354) Der Optimismus der Autorin wird durch die Tatsache befeuert, dass die Widersprüche der geopolitischen Ökonomie des Kapitalismus – nach Ansicht der Autorin die Nachfrageschwäche und der Tendenzielle Fall der Profitrate – nur im Zuge einer wachsenden Rolle des Staates behandelt werden können. „Eine solche Relegitimierung der wirtschaftlichen Rollen der Staaten ist notwendig, bevor sie sich an den Interessen der Bevölkerung und sogar am Sozialismus orientieren können.“ (371) Der Glaube der Autorin an die „multipolare Zukunft“ stütze sich u.a. auf innenpolitische Entwicklungen in den USA am Beginn der 2010er Jahre wie die Occupy Wallstreet-Bewegung, welche die US-Regierungen zwingen könnten, die mit hohen Kosten verbundenen imperialen Bestrebungen „abzuwickeln“ (378). Die Entwicklung der letzten zehn Jahre dürfte diese Hoffnungen gründlich widerlegt haben.

Jörg Goldberg

Momentaufnahme aktueller Krisen

Frank Deppe/ Georg Fülberth/ André Leisewitz (Hg.): Fortschritt in neuen Farben? Umbrüche, Machtverschiebungen und ungelöste Krisen der Gegenwart, PapyRossa-Verlag, Köln 2022, 259 S., 16.90 Euro.

Das im letzten Jahr erschienene Sammelwerk „Fortschritt in neuen Farben? Umbrüche, Machtverschiebungen und ungelöste Krisen der Gegenwart“ verspricht eine Momentaufnahme der politischen Geschehnisse in Deutschland und der Welt. Das von Frank Deppe, Georg Fülberth und

André Leisewitz herausgegebene Buch umfasst 20 verschiedene Beiträge zu zahlreichen tagesaktuellen Themen. Hierin liegt eine Stärke des von den Autor:innen „in Erinnerung an jahrzehntelange Zusammenarbeit“ (12) dem PapyRossa-Verleger Jürgen Harrer gewidmeten Bandes, vielleicht aber auch eine Schwäche: Der rote Faden wird nicht immer ersichtlich, und manche Beiträge scheinen zu kurz zu sein, um darin eine tiefgehende Analyse gegenwärtiger Verhältnisse auszubreiten. Insgesamt gibt der Band interessante Denkanstöße, welche in den Medien sonst unterrepräsentiert erscheinen. Das Buch wird in drei Abschnitte unterteilt: Der erste widmet sich der „deutschen Innenpolitik“, der zweite der Geopolitik und der letzte behandelt verschiedene Krisenphänomene. Der Redaktionsschluss des Bandes lag, wie die Herausgeber im Vorwort anmerken, drei Tage vor dem Angriff Russlands auf die Ukraine, was an wenigen Stellen des Buches auch ersichtlich wird.

Im Fokus des ersten Kapitels steht die neue Ampelregierung, welche seit Ende 2021 nach einer langen Phase der Großen Koalition eine neue Regierung stellt. Frank Deppe identifiziert eine Umbruchsstimmung in der Gesellschaft. Nicht nur sei ein großer Teil der Bevölkerung aufgrund der Klimabewegung für Klima- und Umweltfragen sensibilisiert. Auch von Seiten des Kapitals werde Modernisierungsbedarf angemahnt, um im internationalen Wettbewerb bestehen zu können. Deppe stellt zentrale gesellschaftliche Krisenphänomene, wie zum Beispiel Klimaerwärmung, Wirtschaftskrisen und Handelskonflikte, dar und ordnet das Regierungshandeln

unter Scholz ein. Georg Fülberth gibt in seinem Artikel einen Überblick über die Parteienlandschaft seit Gründung der Bundesrepublik und analysiert die aktuelle Lage verschiedener Parteien. Hierbei geht Fülberth besonders auf die Wähler:innen der Regierungsparteien ein und benennt Gründe für die Popularität von Grünen und FDP in der jungen akademisierten Wähler:innenschaft. Auch betrachtet er die (erfolgreiche) Strategie der SPD als klassische Arbeiterpartei der „exportorientierten Industrien“ (36) im Bundestagswahlkampf 2021.

Gerd Wiegel bilanziert die Entwicklung der AfD und mögliche neue Bündnisse, die mit der CDU eingegangen werden könnten. Nach aktuellen Umfragen wird diese Frage eine reale Auseinandersetzung im Jahr 2024 spielen, denn in drei ostdeutschen Bundesländern werden im nächsten Jahr Landtagswahlen stattfinden. In Thüringen und Sachsen ist die AfD laut Umfragen derzeit die stärkste Partei. Ulrich Schneider stellt Kontinuitäten staatlicher Maßnahmen gegen Antifaschismus im Nachkriegsdeutschland dar (Repressionsmaßnahmen gegen Linke und Antifaschist:innen in Westdeutschland wie z.B. das KPD-Verbot oder das angestrebte Verbot der VVN – Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes). Angesichts der Stärke der AfD in Ostdeutschland wäre eine kritische Auseinandersetzung mit dem Antifaschismus in der DDR hier wünschenswert gewesen. Man könnte beim Lesen den Eindruck gewinnen, dass im Osten ausschließlich überzeugte Antifaschist:innen im Staat gearbeitet und in der Bevölkerung gelebt hätten. Schließlich sind die ostdeut-

schen Wahlerfolge der AfD nicht nur mit dem neoliberalen Kahlschlag seit den 1990er Jahren zu erklären.

Der zweite Abschnitt widmet sich geostrategischen und Weltordnungsfragen. Jörg Kronauer und Conrad Schuler untersuchen die Rivalität zwischen den USA und China im Kampf um die ökonomische und politische Hegemonie auf dem Weltmarkt. Die kommenden Jahrzehnte würden vom Machtkampf dieser zwei Volkswirtschaften geprägt sein. Die Vertreter:innen der deutschen Wirtschaft sind nach Einschätzung beider Autoren mehrheitlich der Ansicht, dass die Europäische Union gestärkt werden müsse, um nicht zwischen den zwei großen Machtblöcken zerrieben zu werden. Ihre Interessenlage hinsichtlich des Verhältnisses von Bundesrepublik und USA sei insgesamt ambivalent. Dies betrifft bspw. geostrategische Interessen im Pazifik. Während die Vereinigten Staaten den Konflikt im Pazifik mit China anheizen, möchte die deutsche Wirtschaft eher den Status Quo beibehalten, da China immerhin der wichtigste Handelspartner der Bundesrepublik ist. Aus wirtschaftlicher und militärischer Sicht scheint eine stärkere Europaorientierung des deutschen Kapitals unstrittig zu sein. Der Krieg in der Ukraine hat jedoch zu einem engeren westlichen Schulterschluss in der NATO geführt. Ob die Ampelregierung auch in wirtschaftlicher Hinsicht die historisch gewachsene transatlantische Verbindung stärken möchte (hierauf geht Werner Rügemeier ein) oder doch eher eine stärkere europäische Orientierung vornimmt, bleibt noch unklar. Kronauer und Schuler betonen die Bedeutung des kommenden weltpoli-

tischen Konflikts zwischen den USA und China, der medial gegenwärtig noch wenig diskutiert wird.

Die folgenden Momentaufnahmen zur innenpolitischen Lage in Tunesien, zum Nahen Osten, zu Lateinamerika und Russland oder von Matin Baraki zum westlichen Interventionismus am Beispiel Afghanistans bergen interessante Informationen, bleiben jedoch meistens eher zu kurz, um daraus Schlussfolgerungen für die globale Situation abzuleiten. Das Sammelwerk verliert hier ein wenig den roten Faden.

Der dritte und letzte Abschnitt thematisiert unterschiedliche Krisenprozesse des Kapitalismus in Gegenwart und Vergangenheit. Jörg Goldberg stellt die Wirtschaftskrise 2007 ff. in den Mittelpunkt und geht auf den Zusammenhang von ökonomischen Krisen und Entwicklungsphasen des Kapitalismus ein. Dabei nähert er sich der Frage, inwieweit das neoliberale Paradigma an Bedeutung verliert. Lucas Zeise bietet einen guten Überblick über die Situation auf den Finanzmärkten. Besonders gelungen ist die differenzierte Auseinandersetzung von Kai Eicker-Wolf zur *Modern Monetary Theory* (MMT), bei der Wolf Stärken und Schwächen der aktuell populären Wirtschaftstheorie abwägt. André Leisewitz bringt einen guten Überblick über die verfehlte internationale Klimapolitik der letzten Jahrzehnte.

Erfrischend mit vielen neuen Informationen – da das Thema in der politischen Linken häufig schwach besetzt ist – schreibt Matthias Martin Becker zur Digitalisierung. Er konstatiert die enge Verzahnung von Finanzmärkten und den großen Tech-Konzernen. In der Personifizierung von Medienstar

Elon Musk wird dies besonders deutlich: „Im Januar 2021 beispielsweise schrieb Musk bei dem Kurznachrichtendienst Twitter: ‚Benutzt Signal!‘ Damit meinte er den gleichnamigen Internet-Messenger. Daraufhin stieg der Aktienkurs der US-amerikanischen Firma Signal Advance, ein Hersteller von Medizintechnik, innerhalb weniger Stunden von 0,60 US-Dollar auf zeitweise 70 US-Dollar“ (233) – ein einfacher Tweet und an der Börse wird spekuliert; ein gelungenes Beispiel und ein insgesamt interessanter Beitrag von Becker.

Kämpferisch geht das Buch zu Ende: Gisela Notz berichtet von der erfolgreichen Berliner Streikbewegung der Krankenhausbeschäftigten – fast ausschließlich von Frauen getragen. Sie konnte noch nicht die erfolgreiche Krankenhausbewegung in NRW im vergangenen Jahr erwähnen, da diese erst nach Redaktionsschluss des Bandes ihren Höhepunkt fand. Winfried Wolfs Beitrag zur Coronapolitik hätte man neben der Bilanzierung anhand der Coronafallzahlen auch die Berücksichtigung vielfältiger sonstiger Folgen (z.B. psychische Erkrankungen, Zunahme von Bildungsungleichheit und häuslicher Gewalt gegen Frauen; vgl. Christoph Butterwegges „Die polarisierende Pandemie“, 2022), gewünscht.

Insgesamt bietet das Buch „Fortschritt in neuen Farben?“ einige interessante Artikel. Gerade die wirtschaftspolitischen und geopolitischen Beiträge zur Auseinandersetzung zwischen den USA und China sind dabei hervorzuheben und können gut bei linken Debatten als Diskussionsgrundlage dienen.

Sergen Canoglu

Was ist Inflation?

Klaus Müller: Inflation. Reihe Basiswissen, PapyRossa Verlag Köln 2023, 132 S., 12,00 Euro

Klaus Müller, bekannt vor allem als Wert- und Geldtheoretiker, hat sich seit 2016 jedes Jahr einen Grundbegriff der Politischen Ökonomie in der Reihe Basiswissen bei PapyRossa vorgenommen und „leicht verständliche und kritische Einführungen“ – so der Reihenvorspann des Verlags – geschrieben. Er hat die Vorgabe immer getreulich erfüllt. Soweit das möglich war, hat er sich streng an Marx gehalten und sich kritisch – oft ironisch und scharf gewürzt – mit anderen Positionen auseinandergesetzt.

Nun also *Inflation*. Er beginnt seinen Basistext mit „Aktuelles“ und zeichnet die jüngsten Preisentwicklungen bis Ende Dezember 2022 nach. Er benennt die medial verbreiteten und für viele glaubwürdigen Thesen über deren Ursachen: Ukrainekrieg, Angebotsverknappung, Nachfragezuwachs, Ernteausfall, Corona und Lieferketten usw. usf. Manche der Thesen seien, so Müller, nicht vollkommen falsch, aber doch sehr oberflächlich. Dann wendet er sich dem Phänomen historisch zu. Er schreibt über Münzverschlechterungen von der Antike bis ins Mittelalter, über John Laws „fabelhafte Idee“ (15), ungedeckte Banknoten auszugeben, was zu einer gewaltigen Papiergeldinflation und 1720 zum Crash führte und über die deutsche Hyperinflation 1921 – 1923.

Die nun folgenden Kapitel über Arten und Ursachen der Inflation, ihre Messung, ihre Wirkungen und ihre Bekämpfung bringen wie auch der historische Abschnitt viele Einblicke und

Einsichten und natürlich trägt Müller auch seine eigenen Erklärungen vor, aber meist geht es um die Kritik anderer Theorien, ihrer mehr oder weniger vorhandenen Plausibilität, vor allem aber ihrer Unzulänglichkeiten und Fehler. Diese Auseinandersetzung ist – ganz abgesehen von der bei Müller üblichen Scharfsinnigkeit – zweifellos notwendig und schlüssig; trotzdem kommen die Adressaten, die ja *Basiswissen* erwerben sollen, möglicherweise etwas ratlos aus diesem Gedanken-Labyrinth heraus. Auch Müller merkt das und fragt sich zu Beginn des Schlusskapitels: „Kann der Leser, der in den vorangegangenen Kapiteln viel über Inflation gelesen hat, sagen, worin ihr Wesen besteht? Was ist Inflation? Wie zeigt sie sich? [...] Welche Geldmenge ist gemeint [...], welche Güterpreise, alle oder ausgewählte? Und ist jeder Preisanstieg Inflation? Wie ist der Zusammenhang zwischen Geldmengen und Preisen, d.h. was ist originär, was abgeleitet?“ (118)

Müller antwortet im Konjunktiv: „... wie *könnte* (Hervorhebung – J.L.) eine Inflationstheorie lauten, die sich an der Marxschen Politischen Ökonomie orientiert?“ (120) Und er fährt fort: „Als Arbeitshypothese soll gelten: Eine wertbasierte marxistische Erklärung könnte darin bestehen, unter einer Inflation langanhaltende Abweichung der Preise von den Warenwerten zu verstehen.“ (121) Inflation könne, so Müller, somit auch dann vorliegen, wenn die Preise bei sinkenden Werten konstant blieben. Er nennt das „verdeckte Inflation“ (121) und wiederholt das im Schlusssatz seiner Arbeit (132), womit die Arbeitshypothese zur Quintessenz seiner Überlegungen wird. Er vergisst, dass eine

solche Definition auch auf Preissenkungen zuträfe, sofern Wertsenkungen noch größer sind; Deflation ist dann auch Inflation. Eine solche Inflationsbestimmung ist irgendwie beliebig; ich habe Schwierigkeiten damit. Für essentiell allerdings halte ich seine soziale Bestimmung der Inflation als „sekundäre Ausbeutung“. (131f)

Ist jede länger anhaltende Steigerung des allgemeinen Preisniveaus über einen Durchschnitt hinaus eine Inflation? Üblicherweise, worauf auch Müller hinweist, wird diese Frage bejaht und wer eine Inflationstheorie entwickeln will, nimmt vielleicht erstmal diesen Konsens zum Ausgangspunkt. Marx, bei dem das Wort Inflation nur einmal auftaucht (121), habe dazu keine spezielle Theorie entwickelt und sogar widersprüchliche Aussagen getroffen. (126) Wird das lateinische Wort (*inflare* = aufblähen, 118) zugrunde gelegt, landet man anscheinend in der Nähe der monetaristischen Geldmengentheorie, wonach Preissteigerungen ein rein monetäres Phänomen sind. Es würde von einer Aufblähung der zirkulierenden Geldmenge ausgelöst, die über ein bestimmtes Maß hinausgeht. Maßstab wäre entweder das bisher übliche oder jenes Preisniveau, das sich bei einem Gleichgewicht von Angebot und Nachfrage ergibt. Bei einer solchen Aufblähung der Geldmenge repräsentiert jede Geldeinheit eine kleinere Gütermenge im Vergleich zum gleichgewichtigen Preisniveau. Der Preismaßstab – wenn dieses Niveau als ein solcher genommen wird – hat sich verkleinert. Wenn auch Müller unter Inflation „eine Verringerung des Preismaßstabes“ versteht (129), scheint das oberflächlich gesehen dieser Theorie zu entsprechen. Auch

wird deutlich, dass er damit nicht jede Preissteigerung als Inflation definiert, sondern nur jene, die mit einer die erforderliche Geldmenge übersteigenden Geldzirkulation verbunden ist. Entscheidend ist dabei der theoretische Kontext dieser Definition und da vor allem die Bestimmung des „Erforderlichen“, des Preises als Geldausdruck des Wertes. Hier liegt der entscheidende Unterschied zwischen der Geldmengentheorie und Müllers Inflationstheorie.

Fragt man nach möglichen Ursachen einer Preisniveausteigerung, bieten sich ganz allgemein folgende Erklärungen – immer unter der *ceteris paribus*-Bedingung – an: Erhöhung des Werts der Waren infolge sinkender Produktivität, steigende Produktivität in der Produktion der Geldware, erhöhte Geldumlaufgeschwindigkeit, steigende Menge der die Geldware ersetzenden Geldzeichen (Papiergeld und andere Geldformen), steigende, oft durch Kreditexpansion erzeugte zahlungsfähige Nachfrage und sinkendes Angebot. Dies wären jene Faktoren, die schon im Kapitalismus der freien Konkurrenz wirkten; heute kommen monopolistische Preisbildung und die Einflussnahme des Staates auf die Preise durch Steuern, Abgaben und Subventionen sowie politische Preisfestsetzungen hinzu. Ich sehe hier davon ab, wie sich diese Faktoren konkret über einzelne Preise (aus denen sich ja das gesamtwirtschaftliche Preisniveau erst *errechnet*) und die einzelnen Kostenbestandteile der Unternehmen sowie deren Preissetzungspolitik durchsetzen. Ich sehe auch von der Frage ab, ob es um eine nationale oder die internationale Wertbestimmung geht. Im größeren

Teil der Arbeit, vor allem den Kapiteln „Arten und Ursachen von Inflation“, „Die Messung von Inflation“, „Soziale Wirkungen von Inflation“ usw. bis zum vorletzten Kapitel „Deflation“ schreibt Müller eigentlich über Preissteigerungen infolge der vorgenannten Faktoren und nennt sie in Übereinstimmung mit dem üblichen Gebrauch dieses Begriffes auch immer „Inflation“. Und völlig unabhängig davon, welcher Inflationsbegriff nun der Richtigere ist, bilden diese Ausführungen (auch wenn er das Problem der internationalen Werte und der Transformationsmechanismen zwischen Geldmenge und Preisen nicht behandelt) eine Fundgrube zu allen in diesem Zusammenhang interessierenden Fragen. Ich hätte es bevorzugt, von einem weiteren und einem engeren Inflationsbegriff zu sprechen. Der weitere umfasst, wie allgemein üblich, länger anhaltende, höher als gewöhnlich ausfallende Steigerungen des allgemeinen Preisniveaus, der engere jene Steigerungen, die, wie Marx schreibt, von der „zirkulierenden Quantität“ des Papiers (127) (heute natürlich nicht nur Papier) hervorgerufen werden und mit der Verkürzung des Preismaßstabs verbunden sind. Auf diese Quantität haben die Zentralbanken – auch wenn sie, worauf Müller nicht müde wird hinzuweisen, „prinzipiell unfähig“ sind, diese Prozesse „souverän, zielgerichtet und planvoll“ steuern zu können (109) – durchaus Einfluss.

Ich lasse es dahingestellt sein, ob Müllers Schrift „leicht verständliches“ *Basiswissen* vermittelt oder doch eher eine Streitschrift ist. Aber lernen lässt sich aus ihr viel und kritisch ist sie allemal. Ihr wird auch beim wert-, geld-

und preistheoretisch geschulten Publikum höchste Aufmerksamkeit gewiss sein. Der Begriff der Inflation wird nahezu täglich verwendet; Müller stellt seinen gedankenlosen Gebrauch infrage und bohrt bis tief auf den Grund. Etwas ärgerlich ist, dass ein Literaturverzeichnis fehlt.

Jürgen Leibiger

CIA-Geschichte

Vijay Prashad: *Washington Bullets. Geschichten über die CIA, Verschwörungen und Auftragsmorde*, Mangroven-Verlag, Kassel 2022, 163 S., 21,00 Euro.

„Washington Bullets“, zu Deutsch „Geschosse aus Washington“, erzählt die Geschichte des zivilen Auslandsgeheimdienstes der USA, nicht nur einzelne „Geschichten“, wie es bescheidener Weise im Untertitel heißt. Dessen Aufgabe, der er gegenwärtig mit über 21.500 Mitarbeitern nachgeht, ist die Spionage, die weltweite Überwachung anderer Staaten sowie die Organisation verdeckter Aktionen. Nach dem Zweiten Weltkrieg, konzentrierten sich seine Aktivitäten gegen die Ausbreitung des Kommunismus, später gegen den internationalen Drogenhandel. Gegenwärtig richten sich seine Tätigkeiten vor allem gegen den „Terrorismus“ der sog. „Schurkenstaaten“ bzw. der *states of concern* (der „Besorgnis erregenden Staaten“). Letztlich aber, so die These des Buches, war es immer das gleiche Ziel, zu dessen Erreichen die CIA vor Massakern, Folterungen, Morden oder vor Falschmeldungen zur Rechtfertigung militärischer Einsätze nicht zurückschreckte: die Stabilisierung der Weltmacht USA und die Beseitigung

von Grenzen, die den Geschäftsinteressen multinationaler Konzerne im Wege stehen.

Wohl wurde die CIA erst 1947 durch den damaligen Präsidenten Harry S. Truman gegründet, dessen nach ihm benannten „Doktrin“ den Kalten Krieg gegen die Sowjetunion einleitete. Vijay Prashad, indischer Historiker, Journalist und Direktor von *Tricontinental: Institute for Social Research*, geht in seiner mit vielen Details brillant erzählten Geschichte allerdings weit darüber hinaus. Er stellt die CIA in die Tradition des amerikanischen Kolonialismus und Imperialismus. Als Eckpunkte dieser Tradition nennt er zum einen die „Monroe-Doktrin“ (1823), die Lateinamerika (gegen die Ansprüche Europas) zum Einflussbereich der USA erklärte, zum anderen die Konferenz von Bretton Woods (1944), die die Weltordnung nach dem Krieg und die Hegemonie der USA gegenüber Westeuropa festschrieb. Die ersten Aufgaben der CIA waren es infolgedessen, den Einfluss der populären kommunistischen Parteien in Frankreich oder Italien zurückzudrängen und das Interesse der „freien Welt“ gegen die Befreiungsbewegungen der Dritten Welt durchzusetzen, die sich im Zuge der Dekolonialisierung verstärkten. Dabei kollaborierte sie sowohl mit ehemaliger Faschisten und Nationalsozialisten (wie z.B. Reinhard Gehlen) als auch mit gegenwärtigen Diktatoren (wie in Guatemala oder im Kongo).

Letztlich, so eine andere These des Buches, war es weniger der Ost-West-Konflikt, der die Nachkriegsgeschichte bestimmte, sondern der Nord-Süd-Konflikt: der Kampf der USA um ihren Einfluss in den Län-

dem der „Dritten Welt“. Schon in früheren Zeiten versuchten die Kolonialherren, ihren Diebstahl an den Reichtümern der Kolonien damit zu rechtfertigen, dass sie den „Barbaren“ doch dafür die Zivilisation brächten. Zwar hatte sich, nach dem Zusammenschluss vieler Entwicklungsländer zur „Bewegung der Blockfreien“, in den 60er Jahren des 20. Jahrhunderts der Prozess der Dekolonialisierung verstärkt, am Verhältnis der USA zu den Ländern der „Dritten Welt“ habe sich dadurch aber nichts Grundsätzliches geändert. Der Reichtum Lateinamerikas oder Afrikas bestand nun in Erdöl und anderen Bodenschätzen, die Zivilisation im „freien Markt“, der von Großkonzernen beherrscht war.

Dieses imperialistische Verhältnis sollte so bleiben und nicht durch oppositionelle Bewegungen, die Enteignung und Nationalisierung ausländischer Konzerne oder gar Revolutionen gestört werden. Zu diesem Zweck wurden von Jacobo Árbenz (Guatemala, 1954), Patrice Lumumba (Kongo 1961), Joao Goulard (Brasilien, 1964), Salvador Allende (Chile, 1973) bis zu Evo Morales (Bolivien, 2019) viele Politiker aus dem Wege geräumt und neue, amerika-hörige Regierungen an die Macht geputscht. In neun kurzen, aussagekräftigen Kapiteln zeigt Prashad den immer wiederkehrenden „Fahrplan“ auf, durch den die verschiedenen Regimewechsel eingeleitet und durchgeführt wurden: 1) Beeinflussung (Manipulation) der öffentlichen Meinung, 2) finanzielle und logistische Unterstützung der vom „Westen“ erwünschten Politiker, 3) Rekrutierung und Ausbildung von Söldnern, 4) wirtschaftliche Destabilisierung durch Sperrung von Krediten und Ab-

satzmärkten, 5) diplomatische Isolation des Landes, 6) Organisation von Massenprotesten, so dass der Putsch als „Volksaufstand gegen eine autoritäre Regierung“ erscheint, 7) Durchführung von Attentaten, Anschlägen oder Militäreinsätzen, 8) Waffenlieferungen an die neue Regierung, Ausschaltung oppositioneller Kräfte, 9) Leugnung, zumindest Verschleierung der stattgefundenen CIA-Beteiligungen.

Zum letzten Punkt, der Leugnung, hatte insbesondere der Philosoph Karl Popper seinen Teil beigetragen, der alle Hinweise auf CIA-Beteiligungen zu Wahnideen der „Linken“ erklärte und damit als Verschwörungstheorien abtat.

Eine weitere These Prashads besagt: Der US-amerikanische Imperialismus ging ab den 1970-er Jahren von der CIA auf den von Amerika dominierten IWF über. „Für einen IWF-Putsch brauchten die Soldaten ihre Kasernen nicht zu verlassen“, es genügte, die Finanzkraft eines Staates zu untergraben. Als Beispiele werden dabei Zaire (1970) oder Peru (1978) genannt. Über die Kooperation der CIA mit dem IWF und die finanziellen Maßnahmen des IWF, wodurch widerpenstige Länder gefügig gemacht werden, wären genauere Angaben wünschenswert gewesen. Diese werden auch nicht über die Arbeitsteilung zwischen der CIA und der NSA gemacht, die mit ca. 40.000 Mitarbeitern auf die technische Beschaffung von Informationen spezialisiert ist und nicht nur „Schurkenstaaten“, sondern auch verbündete Staaten wie etwa die Bundesrepublik ausspioniert. Die Enthüllungen der *whistleblower* Edward Snowden oder Julian Assange bleiben unerwähnt.

Seit 1989, dem Ende der Sowjetunion und der weitgehenden Kapitulation der „Dritten Welt“, gab es praktisch keinen Gegner mehr, der sich den Aktionen der USA entgegenstellte. So konnte der durch Lügen gerechtfertigte Krieg gegen den Irak und die Ermordung Saddam Husseins ohne nennenswerten Widerstand über die Bühne gehen. Die sog. *Pax americana*, die nach dem Ende des Kalten Krieges begann, gründet auf der militärischen Überlegenheit der USA und findet in einem „hybriden Krieg“ seine Fortsetzung. Dieser Krieg erstreckt sich „über das ganze Spektrum des gesellschaftlichen und politischen Lebens“ und beinhaltet z.B. auch das „Narrativ“ der Menschenrechte, die ganz im Sinne des Neoliberalismus interpretiert werden und auf die Schaffung „freier Märkte“ gerichtet sind. Auf der anderen Seite behielten sich die USA aufgrund ihrer Vorrangstellung das Recht vor, sich über bestimmte internationale Vereinbarungen (Völkerrecht, Genfer Konvention, Folterverbot) und Institutionen (Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag) hinwegzusetzen.

In einer globalisierten Welt werden Kriege zunehmend auf wirtschaftlichem Gebiet ausgetragen, nicht nur mit Hilfe des IWF, sondern, wie Prashad weiter ausführt, auch durch Wirtschaftssanktionen, etwa die unterlassene Lieferung von Lebensmitteln oder Medikamenten. In Ländern wie dem Iran (2018) oder Venezuela (2019), die als unbotmäßig eingestuft sind, haben diese inhumanen Maßnahmen eine hohe Zahl an menschlichen Opfern gekostet. Wirtschaftssanktionen können nicht nur einen Stopp an Lieferungen bedeuten, son-

dern auch in der Weigerung bestehen, weiterhin Waren abzunehmen, um bestimmte Länder wirtschaftlich zu schwächen. So haben die USA etwa das Verbot der Inbetriebnahme von Nordstream 2 durchgesetzt, das russisches Erdgas nach Deutschland liefern sollte. Diese Maßnahme (2022) liegt allerdings jenseits des Zeitraums, den Prashads Buch behandelt.

Wie zur Bestätigung seiner Ausführungen schrieb Evo Morales, der ehemalige Präsident von Bolivien, eine kleines Vorwort zu Prashads Buch. Darin heißt es: Wir müssen Kapitalismus, Kolonialismus und Imperialismus bekämpfen und „gemeinsam auf eine Welt hinarbeiten, in der ein größerer Respekt für die Menschen und für Mutter Erde möglich ist“.

Konrad Lotter

DDR-Intellektuelle: Zwischen Loyalität und Dissidenz?

Sonia Combe: Loyal um jeden Preis. „Linientreue Dissidenten“ im Sozialismus, 268 Seiten, Ch. Links Verlag, Berlin 2022, 25,00 Euro

Dieser Tage jährt sich der 17. Juni 1953 zum 70. Mal. Es gibt wenige Ereignisse in der DDR-Geschichte, an denen sich so exemplarisch der Stand ihrer Aufarbeitung ablesen lässt. Die Komplexität der damaligen Ereignisse, beginnend bei sozioökonomischen und politischen Widersprüchen in der DDR, über den grassierenden Antikommunismus in der Adenauer-BRD bis hin zu weltpolitischen Interessenkonflikten, werden nicht selten auf den Freiheitskampf der DDR-Arbeiterschaft eingedampft. Dies soll keineswegs die verfehlte Normen-

Politik, die stalinistischen Repressionen in der frühen DDR oder das Aufbegehren beteiligter Arbeiter für demokratische oder gewerkschaftliche Ziele relativieren. Stefan Heym brachte diese Widersprüche in *5 Tage im Juni* in Romanform auf den Punkt. Das Trauma dieses Tages sollte die SED-Führung sowie viele Intellektuelle für den Rest ihres Lebens prägen.

Dass die Intellektuellen an diesem Tag geschwiegen haben, passt in das Bild, das Sonia Combe in *Loyal um jeden Preis* von ihnen zeichnet. Das Verhalten der streikenden Arbeiter sei für sie nur schwer zu fassen gewesen, da es einerseits seit 1933 keine persönlichen Erfahrungen mehr mit Massenstreiks gegeben habe und zugleich die Angst vor aufgebrachten Volksmassen auf den Straßen noch aus der NS-Zeit latent vorhanden war. Im Gegensatz zur SED-Führung wollten Intellektuelle im Nachgang des 17. Juni die Ereignisse und ihre Ursachen aufarbeiten, während die Partei den Mantel des Schweigens ausbreitete. Als drei Jahre später, nach dem XX. Parteitag der KPdSU, Intellektuelle über Entstalinisierung und Demokratisierung diskutieren wollten, beendete Ulbricht dieses Ansinnen Ende 1956 mit der Verhaftung von Harich, Janka und deren Mitstreitern. Der folgende Schauprozess und Repressionen z.B. gegen Ernst Bloch und seine Studenten disziplinierten die Kritiker.

Viele dieser kritischen, aber im Grunde loyalen Intellektuellen hatten die dunklen Jahre des NS im Exil verbracht. Besonders jene, die im Westen ausgeharrt hatten, waren Ulbricht suspekt. Combe geht der Frage nach, warum sie überhaupt in die DDR gegangen sind. Der Titel ihres Buches ist

dabei etwas irreführend, denn der Schwerpunkt liegt nicht auf allen „linientreuen“ Dissidenten, sondern auf Remigranten. Das erklärt vielleicht auch, warum einer der klügsten und wichtigsten Köpfe und der wohl „linientreueste Dissident“ von allen, Wolfgang Harich, nur wenige Male erwähnt wird.

Doch zurück zur Frage, warum die Remigranten in die DDR gegangen sind. Combe hat sich durch Archive und (Auto-)Biographien gearbeitet, um dies zu ergründen. Vielen war wichtig, wieder in der Muttersprache schreiben und arbeiten zu können. Wer kommunistisch war, wollte ohnehin nicht in die halbherzig entnazifizierte Adenauer-BRD. Zudem boten Moskau und Ost-Berlin Privilegien, Lehrstühle, Verlage oder Theater an. Bei manchen Remigranten – und häufiger noch bei ihren Lebenspartnerinnen – stellte sich bald nach der Rückkehr das Gefühl ein, in einer unwirtlichen, kaputten, öden und traumatisierten Gesellschaft gelandet zu sein, wo Antisemitismus in der Bevölkerung latent vorhanden war und Exilanten mit Skepsis oder Ablehnung begegnet wurde. Denn auch die SED musste mit jener Bevölkerung einen Staat aufbauen, die ihnen die Nazis hinterlassen hatte. Einige der Rückgekehrten vermissten das liberale Lebensgefühl des Exillandes, vorrangig die Westemigranten. Sie merkten andererseits rasch, welchen politischen Stellenwert Literatur und Kultur in der DDR einnahmen. Hatte sich in ihrem Exilland kaum jemand für ihr Schaffen interessiert, standen sie nun im Rampenlicht. Konnten sie zuvor künstlerisch frei agieren, musste nun darauf geachtet werden, nichts Un-

botmäßiges zu Papier zu bringen.

Combe erzählt von jenen, die diese (unsichtbaren) Grenzen überschritten haben: Georg Lukács 1956, Ernst Bloch und Johannes R. Becher im gleichen Jahr, Heiner Müllers Ausschluss aus dem Schriftstellerverband 1961, das „Kahlschlagplenum“ vier Jahre später sowie die Biermann-Ausbürgerung und der Protest einiger namhafter Intellektueller dagegen.

Warum haben viele kritische Intellektuelle dazu öffentlich geschwiegen, warum sind sie geblieben? Auch hier gibt es vielfältige Gründe: Einhellig war man der Meinung, im besseren Deutschland zu sein, in „unserem Land“, wie es noch Ende 1989 im Aufruf für eine eigenständige sozialistisch-demokratisierte DDR hieß. Man war sich bewusst, dass Erfolg und Privilegien im Westen nichts wert wären ohne Lippenbekenntnisse zum dortigen System. Nicht zu vergessen der Antifaschismus: „Aber bevor die DDR-Gedächtnispolitik aus dem Antifaschismus eine säkulare Religion machte [...] war [er] ein Kampf. Wäre er nur ein Mythos gewesen, worauf ihn die postkommunistische Geschichtsschreibung reduzieren möchte, hätte der Antifaschismus nicht einen solchen Einfluss auf die Generation von Christa Wolf und Heiner Müller gehabt.“ (149)

Ein Grund für die Identifikation mit der DDR könnte auch ganz banal darin gelegen haben, dass die Intellektuellen über Dinge verfügten, die Normalbürger nur begehren konnten: Westreisen, Westpresse, Privilegien – all dies, was der „vormundschaftliche Staat“ seinen Bürgern nicht zutraute. Auch Dankbarkeit dafür, als Kind aus

einfachen Verhältnissen Professor oder Kulturschaffende werden zu können, war Antrieb zur Loyalität.

Gesondert setzt sich Combe mit Intellektuellen auseinander, die jüdische Vorfahren haben. In der DDR habe dies keine Rolle gespielt, viel wichtiger sei das Selbstverständnis als Kommunist gewesen. Assimilation sei von der SED nicht eingefordert worden.

Die von Combe beschriebenen Remigranten verband die Hoffnung auf Realisierung der marxistischen Idee einer klassenlosen Gesellschaft. Sie waren nicht immer mit der Politik d'accord, hofften aber auf Wandel und Entwicklung. Dabei gilt: „Die Grenze zwischen Kompromiss und Kompromittierung ist ohne Kenntnis des jeweiligen Kontextes schwer zu ziehen.“ (189) Was war Taktik, wo begann Opportunismus? Die Hoffnungen auf eine Veränderbarkeit und Entwicklung der Partei erfüllten sich nicht, im Gegenteil. Hier sind die Intellektuellen mit ihrem öffentlichen Schweigen gescheitert. Im privaten Umfeld und in Parteiversammlungen übten sie aber Kritik. „Die kritischen Marxisten waren innerhalb der Partei sozusagen die Stoßdämpfer latenter Konflikte.“ Insofern standen sie einer innerparteilichen Weiterentwicklung manchmal sogar im Wege, wenn sie Konflikte und Widersprüche neutralisieren halfen oder erst aufgriffen und dann durch Aussitzen neutralisierten.

Auch wenn manche Sätze sachlich nicht stimmen, so z.B. „Seit der Biermann-Affäre waren Dissidenten keine Ausnahmeerscheinung [...] wie etwa Robert Havemann oder Rudolf Bahro in den frühen Jahren der DDR“ (132 – die Biermann-Affäre war 1976,

Bahro trat 1977 in die Öffentlichkeit, Havemann war 1964-82 persona non grata) hat Combe ein lesenswertes Buch verfasst, das sich durch seine französische Außenperspektive wohlthuend von Büchern abhebt, die nur Oppositionelle oder Opportunisten in der DDR kennen, nicht jedoch die „Geschichte derer, die geschwiegen haben, aber nicht etwa aus Angst und Feigheit, sondern weil sie ihrem Ideal treu geblieben sind“ (10).

Alexander Amberger

Der „Osten“ ... das prinzipiell Rückständige, Unkultivierte, Barbarische

Dirk Oschmann: *Der Osten: eine westdeutsche Erfindung*. Ullstein-Verlag, Berlin 2023; 224 S., 19,99 Euro, E-Book 16,99 Euro

Es ist schon seltsam, vor über dreißig Jahren kommen Ost- und Westdeutsche nach einem Umbruch in der DDR zusammen, in einem Staat, der vorgeblich den Normalzustand deutscher Einheit herstellt. Und da schreibt ein Leipziger Literaturprofessor, Dirk Oschmann, in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* vom 4. Februar 2022 einen Text, der das heile Bild geglückerter Einheit zerfetzt. Akribisch erzählt er, wie es zu diesem intellektuellen Ausbruch seinerseits kam, wie im Westen meist verheerend, im Osten meist wohlwollend reagiert wurde und was ihn veranlasste, ein ganzes Buch daraus zu machen. In neun Kapiteln erklärt er, wie der aus dem Osten Stammende, im Osten Berufene unter seinen Westkollegen im Literaturfach wie in den Sozial- und Geisteswissenschaften trotz seines beruflichen Erfolges Exot geblieben ist.

Mit dem Makel, in der DDR sozialisiert worden zu sein – trotz der betonten Distanz zum Regime – und wie er immer wieder zum Beispiel einer vermeintlich geglückerter, aber doch geteilt gebliebenen Entwicklung geworden ist.

Oschmann befragt sich aus Sicht seiner vornehmlich West-Leser, was das ist, was er da vorlegt: „Eine Schmähschrift, eine Tirade, eine Litanei, eine Polemik, ein undifferenzierter Redeschwall?“ (178) Gar zwischen zwei Buchdeckel eingeklemmtes ostdeutsches „Jammern“? In eine solche Ecke mag er sich nicht stellen lassen. Er will endlich, dass der Osten seine Öffentlichkeit, seine akzeptierte Wahrnehmung erhält – gegen denunzierenden wie inkompetenten westdeutschen Verriss.

Er kommt hier Jahrzehnte zu spät, er übergeht die differenzierten Analysen etwa von Daniela Dahn, Yana Milev, Arno Hecht, Ulrich van der Heyden, Peer Pasternak, Werner Röhr, Fritz Vilmar, auch des Rezensenten u.v.a. Das zu erwähnen trifft weniger den Autor, der seinem Selbstverständnis nach „kein Politologe ..., kein Soziologe, kein Historiker, sondern Literaturwissenschaftler“ (18) ist. Es ist auch nicht das späte Einfordern von Eitelkeiten. Es ist nur der Hinweis, dass das Aussprechen von Wahrheiten und der sich dafür auf einmal öffnende Raum in Gestalt der *FAZ* eines besonderen politischen Moments benötigt, der zur Aufmerksamkeit zwingt. Denn im Westen fällt zum „Thema Osten ein: Sachsen, Kommunismus und Rechtsextremismus“ (40). Dieser besondere Moment ist das Erstarken der AfD, die parallel mit der Schwächung der „Volksparteien“ das

politische Grundgerüst der Bundesrepublik erschüttert. Da die AfD vor allem im Osten erfolgreich ist, liegt ein Ost-Bashing nahe. Oschmann erinnert an den Westen als Entstehungsort dieser Rechtspartei, daran, dass ihr Führungspersonal und ihre Scharfmacher wesentlich westwärts zu verorten sind. „Dennoch wird die AfD vornehmlich als Partei des Ostens wahrgenommen, dessen Ansehen dadurch zusätzlich beschädigt wird. Dass die AfD im Osten *so entsetzlich stark* werden konnte, mit Wahlergebnissen von teilweise über 25 Prozent, hängt offensichtlich auch mit dem aus Unkenntnis und kapitälem Desinteresse resultierenden politischen Versagen der anderen Parteien zusammen, wobei nicht vergessen sei, dass der Zulauf zur AfD selbst im Westen kontinuierlich wächst“ (100).

Für ihn ist dieses Aufblühen eines rechten Nationalismus kein besonderes deutsches Phänomen, es ist auch jenseits der Grenzen zu beobachten, hat, wie er meint, etwas mit dem Stadt-Land-Gefälle zu tun, wohl eher mit einer Abkopplung der intellektuell aufgerüsteten Eliten von der Lebenswirklichkeit der einfachen Bürger.

So unerfreulich diese Umstände allgemein sind, für Oschmann geht es eben um das generelle Abkoppeln der (west)deutschen Eliten, ihrer Medien und Journalisten vom Osten. Allein der Westen vor 1989 ist der Normalzustand deutscher Geschichte und Politik, der Osten hat dem zu folgen. Er will nicht einer besonderen „Ost-Identität“ das Wort reden, wie ihm Kritiker vorwerfen, er will vielmehr den Westen zwingen, sich mit seiner eigenen Gesellschaft und ihrer Wirkung in Richtung Osten auseinander-

zusetzen. „Wenn in Deutschland über ‚Westen‘ und ‚Osten‘ nicht grundlegend anders geredet wird, vor allem aber wenn die seit über 30 Jahren bestehenden systematischen Ächtungen und radikalen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Benachteiligungen des Ostens nicht aufhören, hat dieses Land keine Aussicht auf längerfristige gesellschaftliche Stabilität.“ (12) Es geht um eine ernsthafte Gefährdung der Demokratie.

Er führt bekannte und weniger bekannte Formen der Diskriminierung Ostdeutschlands an: von den verbalen Entgleisungen und Etikettierung über die reale Deindustrialisierung, die faktische Enteignung der Ostdeutschen in Gestalt ihrer einstigen Betriebe und Grundstücke bis zur fast durchgehenden Unterrepräsentanz Ostdeutscher in allen gesellschaftlichen Bereichen, wo es um Macht, Einfluss und Gestaltungsmöglichkeiten geht.

Auf zwei Befunde sei besonders hingewiesen, weil sie bislang nur in marginalisierten Diskursen am linken politischen und intellektuellen Rand herausgestellt wurden. Oschmann rückt den Umgang des Westens mit dem Osten in Tradition und reaktivierte Praxis neokolonialer Politik, denn die „Westdeutschen, die behaupten, Europäer oder Weltbürger zu sein, (setzen) den Kolonialismus mit anderen Mitteln fort, sofern sie Anspruch auf Europa und die ganze Welt erheben“ (59). Ostdeutschland war dafür ideales Experimentierfeld, von der Unterordnung von dessen Einwohnern bis hin zur eingeübten Praxis der „Buschzulage“ für die neuen Kolonisten. Zu diesem Thema moderner Kolonialismus hätte der Rezensent mehr und Systematisches gern gelesen, weil es

offensichtlich den Nagel auf den Kopf trifft.

Ebenfalls zuzustimmen ist seiner Einsicht, dass eine gemeinsame Geschichtsschreibung beider deutschen Staaten nicht nur in ihrem Nebeneinander überfällig ist. Das ist sicher zunächst ein psychologisches Problem, weil es „höchste Zeit (ist), dass der Osten auch mal mit sich selbst redet, schon um zu verhindern, dass der Westen ihm sagt, wer er sei, nämlich nichts weiter als ‚Osten‘, und ihm obendrein noch seine Geschichte erzählt“ (197f). Zentral wäre, dass die „DDR als Teil der gesamtdeutschen Geschichte zu begreifen“ (16) ist.

An einem Punkt seines lesenswerten und auf jeden westdeutschen Gabentisch zu legendes Buches wird der Autor von ideologischen Scheuklappen desorientiert. Die Unterstellung, dass der „Osten“ allein eine westdeutsche Erfindung ist, gerät ins Schwanken, wenn einerseits die reale Leistung der kolonialisierten Ostdeutschen unterschätzt wird, sich auch in dem anderen, diametral entgegengesetzten Staat und Gesellschaftssystem zu behaupten. Und es fällt auf, dass Oschmann, fast ohne die typischen Zuschreibungen Sozialismus oder Kommunismus für jenen Staat auskommt, der von 1949 bis 1990 zwischen Elbe und Oder mal gut und mal weniger gut existierte, lange von der Mehrheit seiner Bürger aufgebaut und unterstützt wurde, mit seinen Leistungen wie Fehlleistungen, Versäumnissen und Verbrechen. Eine Oschmann wenig wohlwollende Rezensentin der *Zeit* hat dieses Manko scharf benannt und dem Leipziger einen „Denkfehler“ angehext. Er tue so, „als ließe sich diese Region ausschließlich als Abweichung vom Wes-

ten verstehen. Als begänne die Geschichte des Ostens erst 1989 – und nicht spätestens 1949. Als wäre ihre Tragik nicht etwa die Tatsache, dass ein paar Größenwahnsinnige unter großem Mittun nicht kleiner Teile der Gesellschaft hier unbedingt 40 Jahre Sozialismus ausprobieren wollten. Einen Sozialismus, der nicht nur politisch und moralisch, sondern auch ökonomisch auf ganzer Linie scheiterte, was die Ostdeutschen bis heute mit ausbleibendem Wohlstand bezahlen.“¹ Ja, sie hat recht, nicht mit ihrem naiven Antikommunismus – aber mit dem Verweis darauf, warum der Osten eben nicht normgerecht zum Westen gepasst hat. Darum wurde er bekämpft und darum ist der Kalte Krieg auch gegenüber den Verlierern nicht fair.

Stefan Bollinger

¹ Anne Hähmig: Ausgleichende Ungerechtigkeit. Worin liegen die Probleme des deutschen Ostens? Im Westen, behauptet ein neues Sachbuch. Und übersieht dabei etwas Entscheidendes. In: *Die Zeit*. Hamburg. H. 11/2023, S. 50.